

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 10.— Mk., vierteljährlich 30.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
 ♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 2.— Mk. von auswärts 3.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt, Annahme bis früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 70 | Donnerstag, den 23. März 1922 | 13. Jahrgang

Der Spruch der Reparationskommission.

Bereits in den letzten Tagen waren Nachrichten über die Entscheidung der Reparationskommission bekannt geworden. Nunmehr ist auch der Reichsregierung der Text zugegangen. Die Reparationskommission erklärt das Steuerkompromiß für ungenügend. Es entspräche nicht der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und setze es auch nicht instand, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die Budgetberechnung sei auf einem Kurs von 45 Papiermark für eine Goldmark erfolgt, während der Tageskurs 70 Papiermark sei. Es sei deshalb eine Finanzreform notwendig, bei der das Kapital Deutschlands kräftiger zur Steuer herangezogen werde, entweder auf dem Wege der Anleihen oder der direkten Besteuerung. Die Reparationskommission sei der Ansicht, daß schon das Budget für 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen decken und der andere Teil durch

eine Kapitalsteuer

aufgebracht werden müsse. Um die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern, sei die Entscheidung getroffen worden, daß Deutschland im Jahre 1922 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen zu leisten hat. Bis jetzt hat Deutschland 281 948 920,44 Goldmark geleistet. Infolgedessen sind noch 438 051 079,51 Goldmark zu bezahlen, und zwar wie folgt:

18 051 079,51 Goldmark am 15. April, je 50 Millionen Goldmark am 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September und 15. Oktober; je 60 Millionen am 16. November und 15. Dezember.

In der Entente note heißt es dann aber weiter, daß dieser Zahlungsplan für 1922 nur provisorisch sei und daß dessen endgültige Aufrechterhaltung von der strikten Beobachtung der Bedingungen abhängig sei, die Deutschland auferlegt würden. Diese Bedingungen seien die folgenden:

1. Was das Budget anbetreffe:
 - a) Alle in der Note der deutschen Regierung vom 28. Januar angeführten Maßnahmen, für die ein Zeitpunkt festgesetzt sei, müßten zum festgesetzten Datum ergriffen werden. Sollten diese Fristen nicht auf den Augenblick eingehalten werden, dann müßten die Maßnahmen innerhalb 14 Tagen erfolgen.
 - b) Die neuen Steuern und Lasten, die im Programm vom 26. Januar 1922 aufgeführt seien und die in Deutschland unter dem Namen „Steuerkompromiß“ bekannt seien, müßten vor dem 30. April angenommen und in Kraft gesetzt sein.
 - c) Die deutsche Regierung müsse unmittelbar einen Zusatzsteuerentwurf ausarbeiten und in Kraft setzen, durch den im Laufe des Budgetjahres 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark zusätzlich der Einnahmen, die das gesamte Budget vorsehe, erbracht werde. Dieser Gesetzentwurf müsse vor dem 31. Mai 1922 angenommen und in Kraft gesetzt sein und müsse den Eingang von 40 Milliarden Zusatzeinnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicherstellen. Diese neuen Steuern müßte die deutsche Regierung auswählen, jedoch wünsche die Reparationskommission, daß ein Budget geschaffen werde, daß, wenn möglich, eine neue und komplizierte Steuerveranlagung vermeide. Deshalb fordert die Kommission die deutsche Regierung auf, ein System anzunehmen, durch welches der Belastungsschlüssel sich automatisch im Verhältnis der zukünftigen Erhöhung der deutschen Schuld gegenüber der Reichsbank und im Verhältnis des Sinkens der Kaufkraft der Mark auf dem inneren Markte erhöhe.

Der Entscheid der Reparationskommission, der von Deutschland eine neue Steuerlast von 60 Milliarden verlangt, die nur zum Teil durch Kapitalsteuern aufgebracht werden könnten, hat in den politischen Kreisen Deutschlands natürlich große Aufregung hervorgerufen. Ueber die Stimmung im Reichstage melden die Blätter, daß nach der ersten Bestizung über den Inhalt der Reparationsnote eine ruhigere Auffassung Platz gegriffen hat. Während die Deutschnationalen und die Volksparteier vom Zusammenbruch der Wirtschaftlichen Erfüllungspolitik sprechen, waren die anderen Parteien wesentlich zurückhaltender, wenn sie auch der Meinung waren, daß die Entscheidung der Reparationskommission innerpolitisch nicht ohne Rückwirkung bleiben werde. Zu einer teilweisen oder totalen Regierungskrise liege aber keine Veranlassung vor. Nach Ansicht der „Volkszeitung“ würde der nahe Termin der Genuaer Konferenz eine Krise auch dann

verboten, wenn irgendwie die Neigung bestände, das Kabinett oder einzelne Mitglieder für den Ausfall der Entscheidung verantwortlich zu machen.

Auch die heutigen Berliner Morgenblätter befassen sich eingehend mit der Note der Reparationskommission. Die deutschnationalen Blätter nennen als einzig mögliche Antwort auf die Note ein kategorisches „Nein“. Auch die volksparteiliche „Zeit“ erklärt, daß man ein Eingehen auf diese Note überhaupt ablehnen müsse. Im Gegensatz hierzu glauben die „Vossische Zeitung“ und der „Vorwärts“ zu Verhandlungen raten zu können, da die Note die Möglichkeit hierzu bleibe. Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Man kann sich kaum denken, daß dieses starke Rezept, das die Reparationskommission für die Erfüllung der deutschen Zahlungsverpflichtungen aufstellt, ernstlich und auch für den Fall unabänderlich gemeint ist, daß neue Verhandlungsmöglichkeiten zu einer Verständigung auf vernünftigerer Basis sich anbahnen. Nach dem „Vorwärts“ muß das Ziel dieser Verhandlungen sein, den Verhandlungsgegnern und der gesamten Welt öffentlich nahezu legen, daß die Entscheidung der Reparationskommission von Deutschland Unmögliches verlangt und daß es ein Unrecht und ein Schaden für die gesamte Weltwirtschaft wäre, wenn man Deutschland für die Nichtausführung eines unmöglichen Auftrages verantwortlich machen wolle. Das Blatt bezeichnet die von der Reparationskommission geforderten Steuern von 60 Milliarden Papiermark nach Abschluß des jetzt noch berechtigtstehenden Steuerwerks als eine innerpolitische Unmöglichkeit. Das Steuerkompromiß ist mit Mühe und Not in den Hafen gebracht worden. Bei jedem Schritt weiter muß diese Steuermacht zerbrechen.

Protest gegen Ostpreußens Abschneidung von der Weichsel.

In sämtlichen Ortsschaften der Marienwerderer Niederung fanden gestern Kundgebungen gegen den Spruch der interalliierten Grenzfestsetzungskommission und die damit verbundene Zerstückung des Reichverbandes statt. Auch Marienwerder selbst und aller Ortsschaften des ehemaligen Abstimmeungsgebietes hat sich eine große Erregung bemächtigt. Das Volk fordert den durch Artikel 97 des Friedensvertrages garantierten Zugang zur Weichsel und Beachtung der Artikel 28 und 30, nach denen nur die Mitte der Hauptschiffahrtslinie der Weichsel als Grenze in Frage kommen kann.

Calonders Vermittlungsaktion beendet.

Die Vermittlungsabemühungen des Präsidenten Calonder in den deutsch-polnischen Verhandlungen sowie die direkten Besprechungen zwischen den deutschen und polnischen Bevollmächtigten haben zu keinem weiteren Ergebnis mehr geführt und sind nunmehr eingestellt worden. Die drei wichtigsten Fragen, 1. der Liquidation, 2. der Anwendung des Artikels 258 des Versailler Vertrages auf das deutsche und preußische Staatsvermögen und 3. der Zuständigkeit des internationalen gemischten Ausschusses für den Minderheitenschutz müssen infolgedessen durch Schiedsspruch des Präsidenten gelöst werden. Donnerstag und Freitag werden daher in öffentlichen Sitzungen der Konferenz die endgültigen Grundlagen für den Schiedsspruch geschaffen werden, der dann wahrscheinlich am Sonnabend oder Montag in neuer ordentlicher Sitzung gefällt werden wird.

Umwandlung der Schutzpolizei in Preußen.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages erklärte der Minister des Innern, die Entente beanstandete bei der Schutzpolizei die Zentralisation, die Organisation und die Verwendung aktiver Offiziere. Er hoffe, in den strittigen Fragen durch Umgestaltung der Schutzpolizei im Rahmen des Möglichen mit der interalliierten Militärkommission zu einer Einigung zu kommen. Die Sicherheitspolizei solle nicht abgebaut, sondern umgebaut werden. Auf die Dauer sei es unmöglich und auch unnötig, die festen Verbände im gegenwärtigen Umfange zu erhalten. Ueber Polizeifragen beständen zwischen den Länderregierungen keine Meinungsverschiedenheiten, auch nicht mit Bayern. Staatskommissar Weiskamm teilte mit, daß bei der Aushebung der kommunistischen Funktionäre ein Befehl gefunden worden sei, wonach in Häusern mit Telegraphengestängen ein sicherer Kommuniz untergebracht werden solle, der im Ernstfalle die Telefonleitungen zu zerstören habe.

Polnische Willkür bei der russischen Konsulatsfrage in Danzig.

Rußland plant bereits seit längerer Zeit die Errichtung eines eigenen Konsulats in Danzig. Im Interesse der Handelsverbindung zwischen Danzig und Rußland wurde dieser Plan in Danzig auch allseitig begrüßt. Nun berichteten russische Zeitungen aber bereits vor einigen Tagen, daß Polen seine Zustimmung zu der Errichtung des Konsulats verweigert habe. Diese Meldung wird nunmehr bestätigt durch einen der „D. B.“ übermittelten amtlichen Funktspruch aus Moskau. Dieser Funktspruch hat folgenden Wortlaut:

„Die polnische Regierung hat die Genehmigung zur Errichtung eines russischen Konsulats in Danzig verweigert. Als eine große, mit Deutschland eng verbundene Handelsstadt hat Danzig eine ausschließlich deutsche Einwohnerchaft. Die neue und absonderliche Geographie des Vertrages von Versailles hat diese Stadt Polen übergeben und ihr die sogenannte Unabhängigkeit einer „Freien Stadt“ verliehen. Nun beginnt die sogenannte polnische Souveränität über diese Stadt ihre raubtierische und imperialistische Anflits zu zeigen. Polen sucht mit allen Mitteln Danzig davon zu verhindern, mit Rußland normale Handelsbeziehungen anzugehen, droht mit einer skandalösen Politik diesen Südpolnischen wirtschaftlich ab und trägt Verwirrung in die Interessen Danzigs, Deutschlands und selbst Polens hinein.“

Nach dieser Meldung hat Polen endgültig die Errichtung des Konsulats abgelehnt, ohne sich mit Danzig in Verbindung zu setzen. Demgegenüber erklärte der Vertreter der Regierung Polens, daß dieses in den nächsten Tagen den Danziger Senat ersuchen würde, seine Ansicht über die Notwendigkeit oder Erwünschtheit einer solchen Niederlassung darzulegen.

Es ist möglich, daß Polen auf die dringlichen Ausführungen Rußlands hin jetzt seinen Standpunkt in der Konsulatsfrage ändert. Nichts aber kennzeichnet besser den ebenso dreisten als engherzigen Nationalismus Polens, daß es überhaupt sich anmaßt, über die Errichtung eines russischen Konsulats in Danzig zu entscheiden.

Die neue Regierungserklärung Pomikowskis.

Ministerpräsident Pomikowski verlas im Sejm die Deklaration seines neuen Kabinetts, in welcher u. a. ausgeführt wird, daß bei den Vorbereitungen zur Genuaer Konferenz die polnische Regierung ein enges Zusammengehen mit Frankreich und der Kleinen Entente als Grundlage ins Auge faffe. Mit Rumänien durch einen Freundschaftsband verknüpft habe sich Polen durch ein politisches Abkommen, dessen Verwirklichung nach Beseitigung gewisser letzter Differenzen ein herzliches Zusammengehen gestalten werde, auch der Tschechoslowakei genähert. Die Regierung hoffe, daß das bisher absetz stehende Itauen in Zukunft sich dem Zusammengehen der baltischen Staaten und Polens anschließen werde. In seinen Beziehungen zu Rußland und zu der Ukraine, die sich auf den Rigaer Vertrag gründen, habe Polen keinerlei aggressive Absichten, auch nicht im präventiven Sinne, doch müssen die Sowjetrepubliken den Vertrag erfüllen und ihre Propaganda einstellen. In der Wilnaer Frage ersuchte Pomikowski den Sejm, die vom Wilna-Sejm bisher abgelehnte Vereinigungsformel vom 2. März gutzuheißen.

Die Berliner Konferenz der drei Internationalen.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat die von der Wiener Internationale für die Berliner Konferenz vorgeschlagene Tagesordnung angenommen, wünscht sie indes insofern durch folgende Punkte zu ergänzen: Vorbereitung des Kampfes gegen einen imperialistischen Krieg; Unterstützung der Wiederaufrichtung der russischen Wirtschaft; Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete; der imperialistische Versailler Friede. Ferner erklärt die Moskauer Exekutive es für zweckmäßig, daß die Berliner Konferenz gleichzeitig mit der Genuaer Konferenz statifinde.

Sozialistischer Antrag auf internationale Abrüstung.

Die französische Kammer beschäftigte sich mit einem sozialistischen Vorschlage, der die Regierung auffordert, den Unterzeichnern des Friedensvertrages die gleichzeitige Entwaffnung und Aufhebung der ständigen Meere und die Einrichtung einer internationalen Streitmacht vorzuschlagen, die die Entscheidungen des Völkerbundesrates auszuführen habe.

Die Abänderung der Verfassung.

Vollziehung des Volkstages

am Mittwoch, den 22. März 1922.

Präsident Dr. Ergisch eröffnete um 9.25 Uhr die Sitzung. Es wurde in der Abstimmung über das

Umsatz- und Luxussteuergesetz

fortgefahren. Zum § 18 hatte die Deutsche Partei folgenden von den Deutschnationalen scharf bekämpften Antrag eingebracht:

Die Steuer beträgt a) bei jedem steuerpflichtigen Umsatz $\frac{1}{2}$ v. H. des Entgeltes; b) auf den Eigenverbrauch der Händler und Gewerbetreibenden $\frac{1}{2}$ v. H.; c) auf den Eigenverbrauch der Erzeuger 3 v. H. des Verkaufswertes der dem Eigenverbrauch zugeführten Bedarfsgegenstände. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 34 Stimmen, bei 2 Enthaltungen abgelehnt, die Ausschussfassung, die eine Besteuerung von $\frac{1}{2}$ Prozent vorsieht, mit 48 gegen 38 Stimmen angenommen.

Abg. Gen. Deu und die übrigen Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion hatten eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt. Folgende Abänderungsanträge wurden angenommen: Die r l o b u n g s - und T r a u r i n g e sind von der Luxussteuer befreit; Handwerksgerät aus Kupfer, Nickel oder Zinn und berufsmäßig verwandte Behälter aus solchen Metallen sind Luxussteuerfrei. Bei mehreren Positionen wurde die steuerfreie Grenze heraufgesetzt. Ein Antrag M a h n, die Vorlage nochmals an den Ausschuss zurückzugeben, wurde abgelehnt.

Abg. P a a l (Dmit.) erklärte, daß die Deutschnationalen gegen die sozialdemokratischen Abänderungsanträge stimmen werden, in der 8. Lesung werden sie zu den Anträgen endgültig Stellung nehmen.

Der sozialdemokratische Antrag, bei geschlossenen Gläsern die Luxussteuerfreie Grenze von 100 auf 500 Mk. zu erhöhen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag, Auslageplatten für Möbel- und Zimmerausstattungen unter 0,75 Quadratmeter steuerfrei zu lassen. Abgelehnt wurde auch der Antrag Deu, der eine genauere Bezeichnung der Luxusgüter enthielt. Selbst der Antrag Deu, Kaufhandbücher für Wäcker, Chauffeure usw. von der Luxussteuer freizulassen, wurde niedergestimmt. Die nächste namentliche Abstimmung ergab dann die Beschlußfähigkeit des Hauses, worauf der Präsident die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagte.

Die Abstimmungen gingen nur langsam vorstatten, da die Abstimmungen fast immer namentliche waren. Wiederholt erfolgte die Feststellung des Stimmenverhältnisses durch Hammelprung.

Als 1. Punkt auf der Tagesordnung der neuen Sitzung stand die 1. Beratung eines Gesetzentwurfs betr.

Abänderung der Verfassung.

Abg. Gen. Dr. Ding: Die Frage der Verfassung, die uns hier zu wiederholten Malen beschäftigt, bietet Gelegenheit, noch einmal auf alles das hinzuweisen, was wir mit der Verfassung erlebt haben und was wir an dieser Verfassung geändert haben wollen. Es ist uns besonders schmerzlich gewesen, daß die Regierung und die Regierungsparteien sich eher dem Druck des Völkerbundes und der Entente gefügt haben, als den hier vielfach mit allen Gründen der Vernunft betonten Anträgen der gesamten Arbeiterschaft. Es ist dieses Symptom außerordentlich gefährlich und außerordentlich verdächtig für die innere Gesundheit des Staatswesens. Das Gefühl des gegenseitigen Mißtrauens hat dazu geführt, daß der Senat und daß die Regierungsparteien seit einer Reihe von Monaten glauben,

gegen die gesamte Arbeiterschaft regieren und verwalten zu können.

Was sollen wir dazu sagen, wenn in einem jungen Staat, der sich zu konsolidieren beginnt, an einem Werktag wie heute in dieser provokatorischen Weise eine Denkmalsfeier abgehalten wird, die einen großen Teil der Freistaatsbevölkerung vor den Kopf stoßen muß. Es handelt sich um eine verwaltungstechnische Taktlosigkeit. Wir leben augenblicklich in einem Staatswesen, dessen politische Gründung vollzogen ist, dessen politisches Dasein einmal vorhanden ist, und wo es Pflicht jeden Staatsbürgers ist, für die politische Gesundung dieses Staatswesens zu sorgen, und zu dieser Gesundung gehört ein gewisses Taktgefühl, das von jedem Staatsbürger verlangt wird.

Genau denselben Vorwurf der Taktlosigkeit mache ich der Regierung in bezug auf die

Beeinflussung unserer Jugend.

Sie haben einen Verfassungsparagraphen 82, in welchem der Schutz der Jugend in körperlicher und sittlicher Beziehung verlangt wird. Die Art und Weise, wie man an unsern höheren Schulen, in den Ablegern der Schulpolizei, in Ihren Jugendverbänden, eine Jugendverhexung betreibt, zeugt von einem Gefühl, wie man ihn von der menschlichen Entwicklung nicht erwarten soll. Diese Art und Weise (Unruhe), die Jugend verderben zu lassen, ist ein Schandfleck unserer Regierung. Genau so liegt es in bezug auf die Auswahl und Beschäftigung unserer Richter. Schon jetzt sind wieder Richterstellen in verhältnismäßig großer Zahl ausgefüllt worden. Trotzdem der Senat darüber zu machen hat, daß die Beamten, die dort sind, genügend Beschäftigung finden und die Arbeitsverteilung in einer den Staatssinnungen angemessenen Weise vor sich geht — haben doch einzelne von den Kammeren, die nur halb beschäftigt sind, viel zu wenig zu tun. Nichts desto weniger sucht der Senat wieder einzelne Richter hier einzustellen. Selbstverständlich aus dem Grunde, um gemäß der jetzigen Zusammenfassung des Richterwahlausschusses sich weiterhin eine deutschnationale Garde des Rechts zu erzielen. Die gleiche Entwicklung haben wir erlebt, als es sich darum handelte, den von uns verfassungsgemäß geforderten Untersuchungsausschuss einzusetzen; als wir darauf bestanden, daß die Person der Abgeordneten nicht bei jeder Gelegenheit vor den Rabi zitiert werden sollte, wenn eine Ausfertigung fällt, die der Regierung nicht paßt. Alle diese

Dinge sind meiner Ansicht nach bewußte systematische Provokation. Nichts anderes als Rüstigkeit und Taktlosigkeit einer vollkommen rohen und staatsbürgerlich nicht nachdenkenden Regierungs-Verwaltungstechnik.

Es handelt sich darum, daß wir politisch nur dann weiter kommen, wenn diese Verheerungen, wenn dieser provokatorische Ton, der an den Tag gelegt wird, in diesem Parlament aufhört, denn was wir im Laufe der Entwicklung hier für Danzig zu erwarten haben, das ist sicherlich noch außerordentlich viel. Sicherlich werden wir hier noch außerordentlich viel gemeinsam ertragen müssen von schlechten Zeiten, wovon wir uns jetzt noch keine Vorstellung machen können. Der Versuch, bei jeder Debatte eine ruhige und sachliche Aussprache durch Provokationen und durch Rüstigkeiten zu vermeiden, die Abkehr von aller Würde in parlamentarischer Beziehung, die zeigt, wie krank und wie unsicher im Grunde der ganze Bau ist, den der bürgerliche Block, mit der Deutschnationalen Fraktion an der Spitze und dem augenblicklichen Senat hier, aufgerichtet hat. (Sehr richtig! links.) Dieser kranke Senat konnte ja auch nichts anderes, als sich wortlos dem Ententegebot beugen, konnte nichts anderes, als bei jeder Gelegenheit den gesamten Arbeiterparteien gegenüber ein Nihilistendünkel und ein Ausweichen zu haben. Aus diesem Grunde werden wir weiterhin die Verfassung, wenn sie auch jetzt Verbesserungen in unserem Sinne bringt, ablehnen, denn diese Verfassung bezeichnet nicht den Willen eines derartigen Teiles der Bevölkerung, daß wir ihr zustimmen könnten. Die Kämpfe, die sich um diese Verfassung abgespielt haben, werden aber hoffentlich dazu beitragen, daß die Parteien der Mitte hier in diesem Hause endlich einsehen, daß sie sich nicht gegen die gesamte Arbeiterschaft und gegen die gesamte Linke Danzigs vor diese partikularistischen Beschreibungen der Deutschnationalen spannen lassen dürfen. Wenn die Verfassung auch noch einige Gesichtspunkte hätte, die uns genehm wären, so würden wir doch der Verfassung unter den augenblicklichen Machtverhältnissen nicht zustimmen können, weil wir zu dem Senat nicht das geringste Vertrauen haben, daß er die geistigen Kräfte und den sittlichen Willen hat, den Gedanken und den Inhalt der Verfassung auszuführen. Die Verfassung ist nicht des Senats wegen und der paar regierenden Leute wegen da, sondern die Verfassung ist ein heiliges Versprechen, das sich Gleichberechtigte untereinander abgeben haben, um in einer menschlicher Form miteinander leben zu können. Wir werden also nach wie vor in dieser Lesung die Verfassung ablehnen. Wir hoffen, daß die gesamte Linke einmütig ihr Nein sagen wird, und daß es dadurch möglich wird, daß die Verfassung in dieser Form in dieser Lesung nicht zustande kommt. Wir wünschen nicht, daß uns ein Ausländer die Verfassung geben möge. Wenn Sie es dazu treiben, so fällt die Schuld auf Sie. (Bravo! links.)

Abgeordneter Mahn für Demokratie.

Abg. Mahn (R.) erklärte, daß die bisherigen Bemühungen des Senats, eine Änderung der Verfassung zustande zu bringen, vergeblich waren. Die Regierung möge deshalb mit der Linken verhandeln. Eine Verfassung ohne verantwortliche Regierung, die auf Verlangen des Volkes jederzeit zurücktreten muß, sei unannehmbar. Das sei eine alte demokratische Forderung, die schon seit langen Jahren in England, Frankreich und in der Schweiz durchgeführt sei. Auch die Verfassung, die 1849 in Frankfurt ausgearbeitet wurde, enthielt die Verantwortlichkeit der Minister. In der Verfassung des Deutschen Reiches vom Jahre 1871 wurde diese Verantwortlichkeit gestrichen. Nach jahrelangen Kämpfen wurde dann am 28. Oktober 1918 die deutsche Verfassung wieder geändert. Es wurde festgelegt, daß die Minister von der Parlamentarität gestellt werden und daß der Reichskanzler zur Führung der Geschäfte das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages haben muß. Die Deutsche Nationalversammlung entschied sich ebenfalls für eine verantwortliche Regierung. Was jetzt von der Linken gefordert wird, war bei der Abstimmung Danzigs bestehendes Recht. In allen deutschen Bundesstaaten ist jetzt die Verantwortlichkeit der Regierung verfassungsmäßig festgelegt. Eine Verfassung, die die Verantwortlichkeit der Regierung nicht vorsieht, ist für die kommunistische Fraktion unannehmbar. Weiter fordere die kommunistische Fraktion, daß auch die Auflösung des Volkstages in der Verfassung vorgesehen wird. In der zweiten Lesung würden dementsprechende Anträge gestellt werden. Ohne Verhandlungen mit der Linken würde die Verfassungsänderung nicht zustande kommen. Es bestehe dann die Gefahr, daß der Völkerbund auch andere Verfassungsänderungen verlangen werde, z. B. eine Beschränkung der Senatoren und der Abgeordneten, was kein Fehler sei. Wenn der Völkerbund einreife, sei nicht die Linke dafür verantwortlich, sondern die Schuld trage der Regierungsbund.

Abg. Man (L.S.) erklärt, daß seine Fraktion von Anfang an einen siebenköpfigen verantwortlichen Senat gefordert habe, während die Sozialdemokratie einen Stadtstaat gefordert habe. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Das Bürgerrecht habe jedoch die verantwortliche Regierung abgelehnt. Das sei bedauerlich, denn es war eine Verschlechterung schon bestehenden Rechts. Die L. S. P. habe deshalb durch verschiedene Eingaben an den Völkerbund versucht, den Willen der Arbeiterschaft durchzudrücken. Auf diese Eingaben hin habe der Völkerbund die Änderung der Verfassung verlangt. Die L. S. P. wollen keine bestimmte Amtszeit der Senatoren. Sie sollen solange bleiben, wie sie das Vertrauen des Volkstages haben. Seine Fraktion werde der Verfassungsänderung zustimmen, wenn die Verantwortlichkeit der Regierung darin aufgenommen wird. Andere Forderungen werde sie nicht erheben. Es sei unverständlich, daß die bürgerlichen Parteien kein Entgegenkommen zeigen. Es bestehe die Gefahr neuer Eingriffe in das Hoheitsrecht des Freistaates durch den Völkerbund.

Abg. Brieskorn (wild) nimmt Stellung gegen die bürgerliche Presse. Der jetzige Senat sei zu groß. Redner betonte,

daß gerade die bürgerlichen Parteien bedingungslos auf das Ansehen des Völkerbundes eingegangen seien, während er für die Selbständigkeit des Freistaates eingetreten sei und deshalb einen Volksentscheid verlange.

Abg. Rastkewicz (wild) gab einen Rückblick auf die wenig befriedigenden Leistungen des Senats. Er habe bisher gegen 40 Prozent der Bevölkerung registriert. Er erinnere an die Wehrverordnungen des Senats und an den Akt der Willkür am 4. August. Vor dem Schwurgericht sei das Recht gebeugt worden. In der Steuerpolitik sei das Bestreben, die Lasten auf die Schultern der Ferneren abzuwälzen. Redner wünschte vom Senat Aufklärung darüber, ob das Gerücht wahr ist, daß auf den Friedhöfen Jopows bereits 80 Opfer des Spielclubs begraben liegen. Der Senat habe nichts getan, um die Klassengegenstände zu überbrücken. Redner trat für die unbedingte Verantwortlichkeit des Senats ein.

Damit war die erste Lesung der Verfassungsänderung beendet. Die nächste Sitzung findet heute nachmittags um 3 Uhr statt.

Danziger Nachrichten.

Achtstundentag und Arbeitsertrag.

Der Kampf gegen den Achtstundentag hat in der Unternehmerschaft auf der ganzen Linie mit aller Kraft eingesetzt. In der gestrigen Ausgabe der „Danz. Neuzeit. Nachr.“ wird wieder einmal in der plumpsten Weise gegen den Achtstundentag Stimmung zu machen versucht. So soll ein Handelskammer Syndikat ausgerechnet haben, daß die Begrenzung der Arbeitszeit einen jährlichen Gesamtverlust von 3 1/2 Milliarden Goldmark am Volkvermögen ergebe. Leider wird in der Notiz nicht angegeben, wie der schlaue Rechner zu diesem Ergebnis gekommen ist. Wahrscheinlich hat er sich die Rechnung sehr leicht gemacht und für die verlängerte Arbeitszeit einfach einen entsprechend höheren Arbeitsertrag eingesetzt. Diese Rechnung hat natürlich ein großes Loch. Einmal wird dabei die Ersparnis, die in gesundheitlicher Beziehung am Volkvermögen durch Verhinderung des Raubbaues an der Arbeitskraft erzielt wird, überhaupt nicht berücksichtigt und außerdem vollkommen außer acht gelassen, daß die zum Wohle der Arbeiterschaft eingeführte Arbeitszeitverkürzung überhaupt gar keine Minderung des Arbeitsertrages mit sich gebracht hat. Für die tausendfach bewiesene Erfahrung der Bewahrung des Achtstundentages finden sich neuerdings zahlreiche Beweise gehäuft in der einleitenden Denkschrift des Internationalen Arbeitsamts zur Erhebung über die Produktion. Aus der größeren Fülle der Beweise seien nur einige Proben entnommen:

Die Regierung der Vereinigten Staaten gab in ein und demselben Jahre zwei Panzerschiffe in Bau. Eines wurde von einer Privatfirma mit zehnstündigem Arbeitstag gebaut, eines auf der Regierungswerft in Brooklyn, wo die tägliche Arbeitszeit acht Stunden betrug. Bei einem Vergleich der entsprechenden Arbeitsschichten, die unter Benutzung gleicher Rohstoffe und Werkzeuge die gleiche Arbeit verrichteten, wurde festgestellt, daß das Stundenresultat der am „Connecticut“ beschäftigten Arbeiter (Achtstundentag) dasjenige der „Louisiana“-Arbeiter (Zehnstundentag) um 24,8 v. H. überstieg. Der tägliche Arbeitsertrag blieb somit bei beiden ganz der gleiche.

Die Einführung des Achtstundentages, heißt es in der genannten Schrift, ergab eine Vermehrung der Produktion in den Fein- und Feinwerkzeugen in den englischen Fisch-Konservierungsindustrie, in der Stahl- und Zinkplattenindustrie in Südwales, in den Kohlenbergwerken des südlichen Yorkshire, in den Fordischen Automobilwerken in Detroit, in den Hochöfen von Cleveland usw. usw.

Auch die über fünf Jahre ausgedehnte Erhebung der vom englischen Munitionsmünisterium eingesetzten Studienkommission bekräftigt die alte Erfahrung, daß nicht die Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitsertrag vermindert, sondern die Ermüdung des Arbeiters. Diese sei zu verhindern durch Verringerung der Arbeitsstunden, Vermeidung der Überzeitarbeit und der Arbeit vor 8 Uhr morgens und nach 6 Uhr abends, Einhalten der Sonntagsruhe, Beschaffung angenehmer und gesunder Lebensbedingungen für die Arbeiter außerhalb der Fabrik und schließlich durch Achtgeben darauf, daß die Ernährung des Arbeiters genügend und gesund sei und daß er seine Tätigkeit nicht ohne ausreichendes Frühstück beginne.

Die auf dem ganzen Erdball von den verschiedensten Fachleuten und Studienkommissionen in vielen Industrien gesammelte Erfahrung weist manchem andern bestimmt die organisierte Arbeiterschaft, mit aller Kraft für die Erhaltung des Achtstundentages einzutreten, veranlaßt sie, sie entschieden gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit zu wenden. Der Vorstoß der bürgerlichen Presse erbittet nur aufs neue ihre „Arbeiterfreundlichkeit“, die sich die Arbeiterschaft besonders jetzt zum Quartalswechsel merken sollte. Es wäre an der Zeit, daß sich auch der letzte Arbeiter nicht länger dazu hergibt, privatkapitalistische Ausbeutungsgelüste zu fördern, indem er die bürgerliche Presse in ihrem Kampfe gegen den Achtstundentag durch sein Abonnement unterstützt.

Vermehrung des Kleingeldes. Durch gesteigerte Ausprägungen der Münzstätten ist es gelungen, den Kleingeldmangel nahezu zu beheben; denn es entfallen nach dem jetzigen Stande der Münzprägung auf den Kopf der Bevölkerung 10 Stück 50-Pf., 20 Stück 10-Pf. und 20 Stück 5-Pf.-Stücke. Wenn sich gleichwohl hier und da noch ein Mangel an kleinen Münzen bemerkbar macht, so ist das auf den bedauerlichen Mangel einiger Teile der Bevölkerung zurückzuführen, Kleingeld zu sammeln. Die Zwecklosigkeit dieses Sammelns von Kleingeld steht aber außer allem Zweifel; denn jeder sollte wissen, daß sowohl das 5-, wie das 10-, wie das 50-Pf.-Stück viel weniger Materialwert besitzt, als dem Nennwert entspricht. Um so mehr muß es wundernehmen, daß unflinige Gerüchte glauben finden, wonach 50-Pf.-Stücke mit gewissen Münzzeichen außer dem unedlen Aluminium Platin enthalten sollen. Wer Münzen auf Grund solcher Gerüchte zu einem höheren Preise als dem Nennwert erwirbt, schädigt sich selbst und trägt wiederum dazu bei, den Erfolg der Bemühungen zu vereiteln, die auf möglichste Beseitigung des Kleingeldmangels gerichtet sind.

Einem geselligen Unterhaltungsabend veranstaltet der 4. Bezirk des Sozialdemokratischen Vereins (Schönlitz) am kommenden Sonnabend, abends 7 Uhr, im Saale von Steppuhn, Karthäuserstraße. Das Programm besteht aus Gesangsvorträgen, ersten und helleren Vorträgen, Meinungsäußerungen usw. mit anschließendem gemüthlichem Beisammeln mit Tanz. Der Eintritt ist frei. Alle Parteimitglieder, auch aus anderen Bezirken, werden freundlichst eingeladen. Eingeladene Gäste sind willkommen. Die Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

Die Folgen einer Unterlassung. Am 5. Dezember nachmittags fiel in der Goldschmiedegasse ein Arbeiter auf den glatten Bürgersteig und brach sich den Oberschenkel. Die Hausbesitzerin Frau Habermann wurde nun wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt, da sie nicht dafür gesorgt hatte, daß auf dem Bürgersteig Sand gestreut war. Sie bedauerte sehr den Unfall und beteuerte sich darauf, daß sie Anordnung gegeben habe, den Bürgersteig in Ordnung zu halten. Das Gericht machte sie aber für die Unterlassung verantwortlich und verurteilte sie zu 300 Mk. Geldstrafe.

Aus dem Joppoter Baderleben. Ein Stettenmädchen in Danzig fuhr am 9. Juli nach Joppot, um den Herren das Baderleben zu verüben. Am meisten sagte ihr das nächtliche Baderleben zu. Erst morgens 6 Uhr machte sie Schlaf. Sie hatte einen Herrn gefunden, für den gleichfalls gerade das nächtliche Baden besonderen Reiz hatte. Er machte eine Baderbeziehung von 800 Mark und fuhr dann mit seiner Freundin im Autobus nach Hause. In Oliva stieg er aus, und am nächsten Morgen bemerkte er, daß ihm aus der Brieftasche 2500 Mk. fehlten. Sofort stieg in ihm ein Verdacht auf. Als Oliva hatte er fertig in den Armen seiner Freundin geschlafen; sie mußte die Täterin gewesen sein. Deren Adresse hatte er sich in sein Notizbuch aufgeschrieben. Doch als er nachsah, fand er, daß gerade dieses Blatt ausgehauen war. Argend jemand hatte also Vorkehrung getroffen. Trotzdem gelang es ihm, seine Freundin in Danzig ausfindig zu machen, um sie anzuzeigen. Sie stand vor dem Schöffengericht und leugnete die Tat. Zwingende Beweise lagen nicht vor. Große Betrunktheit des Herrn und alle Möglichkeiten für den Verlust führten zur Freisprechung der Angeklagten.

Zuverlässige Verkäufer. Ein Schneidermeister gab dem Arbeiter Hugo Kluth und dem Arbeiter Franz Ribakowski in Danzig ausgebesserte Anzüge und Stoffe im Wert von 8200 Mk. mit dem Auftrage, sie auf dem Lande zu verkaufen. Die beiden gingen auch los und verkauften in einem Dorfe einen Anzug für 500 Mk. Dann wollten sie bei einem andern Dorf aus Versehen über die Grenze gegangen sein. Hinter ihnen seien 15 Schüsse abgegeben worden, und sie hätten nun die Sachen fortgeworfen und seien davongelaufen. Am nächsten Tage waren sie jedenfalls wieder in Danzig. Sie lieferten aber weder die 500 Mk. noch die Sachen ab, sondern meldeten sich gar nicht bei dem Schneidermeister, der die 500 Mk. heute noch nicht hat. Der Schneidermeister machte Anzeige. Ribakowski entflohen nach Polen, und Kluth stand vor dem Schöffengericht. Er ist verurteilt. Das Gericht verurteilte ihn wegen Unterschlagung der 500 Mk. zu 3 Monaten Gefängnis. Das ihnen die Sachen an der Grenze abhandelt gekommen sind, konnte nicht widerlegt werden.

Der Bestand an Kleingeldern vermindert sich von Jahr zu Jahr bedenklich. Um diesem Zustand nach Möglichkeit zu steuern, weisen die Landratsämter darauf hin, daß Kleingeld im Gebiet der freien Stadt Danzig im Jahre 1922 nur bis zum 10. April einzusteuert gesammelt werden dürfen. Zum Sammeln der Eier berechtigt ist nur der Jagdberechtigte oder Personen, die dessen schriftliche Erlaubnis bei sich führen.

Er will Arbeiter sein. Der Fürsorgezögling Max Krüger in Danzig war in Freiheit und besaß eine Arbeitskarte, auf der er als Fürsorgezögling bezeichnet war. Er änderte diese Bezeichnung selber um in Arbeiter. Ferner traktierte er der Bodennummer einer Dame in der Dopfengasse Besuch ab, erbrach sie und nahm Kleidungsstücke, Wäsche und Lebensmittel. Das gemeinsame Schöffengericht verurteilte ihn zu 4 Monaten Gefängnis wegen schweren Einbruchsdiebstahls und 3 Mark Geldstrafe wegen Urkundensäufung.

Schaubild-Theater „Apollo“. Eine Reihe sehr schöner Randschaffen wird in dem satirischen Kriminaldrama „Am Abend des Hofes“ gezeigt; das Stück beschäftigt sich mit einem Richter, dessen Familienleben durch einen Freund zerstört wird. Eine Mail-Arizona-Serie, „Das Vermächtnis der Peonie“ spielt im fernsten Westen.

Aus dem Osten.

Kalzberg. Die Hochwasser-Katastrophe hat, wie sich erst jetzt übersehen läßt, beträchtlichen Schaden angerichtet. Im Kreise Niederung wurde der Lawellingener-Schauglaster-Damm zerstört. Es bildete sich ein 1200 Meter langer Ueberlauf. Das Wasser stieg im Augenblick auf 1 1/2 Meter und überflutete die ganze Gegend. Das Vieh mußte in die Wohnhäuser genommen werden, Holz und Stroh wurden aufgestapelt. Bei vielen mußte auch die Decke aufgerissen werden, um das Vieh vor dem Ertrinken zu schützen. Pioniere führten mit Röhren von Haus zu Haus und brachten viele Familien nach Sedenburg in Sicherheit. Der Damm war an sieben Stellen bis auf den Grund durchbrochen. Telegraphenstangen, Bretter, Heu und vor allem das teure Holz wurden von Eis und Fluten mitgerissen. Die ganze Bevölkerung von Lawellingener und Schauglaster erlitt durch das Hochwasser großen Schaden. Viele Kartoffeln sind in den Wiesen geblieben, die weder zur Saat noch für den menschlichen Genuß zu retten sind. Auch sämtliche übrige Winterfaat ist verunflutet. Das Eis liegt auf den Feldern. Mannschaften von Lawellingener und Schauglaster arbeiten mit Hilfe der Pioniere an dem vorläufigen Aufschließen der Deichbrüche. Die endgültige Instandsetzung des Damms kann erst im Sommer erfolgen.

Schlawa. Die Mörder des Oberlandjägers Hensel verhaftet. Die Gebrüder Horn, die den Oberlandjäger Hensel auf dem Schlawer Bahnhof erschossen haben, sind bei Janow ergriffen und in das Amtsgerichtsgefängnis Schlawa eingeliefert worden. Die beiden Mörder haben sich in der Zwischenzeit umhergetrieben und machten bei ihrer Verhaftung einen völlig verwahrlosten, scheuen Eindruck. Sie wurden nach ihrer Einlieferung in Schlawa sofort vom Richter vernommen.

Volkswirtschaftliches.

Zur Lage der Schifffahrt. Während wir unmittelbar nach dem Kriege durch die Inanspruchnahme großer Getreidefrachten ein fabelhaftes Aufsteigen der Frachtraten zu verzeichnen hatten, sind wir gegenwärtig längst von dieser Höhe herunter, und heute verzeichnen wir Frachtsätze, die unter der Grenzlinie liegen, die wir vor dem Kriege kannten. Nur die deutschen Reeder können noch erfolgreich die Konkurrenz aufnehmen, da ihnen bei Uebernahme ausländischer Frachten der ungünstige Stand der deutschen Valuta zustatten kommt. Die Folge ist, daß die deutschen Schifffahrtsgesellschaften in ihren Geschäftsbüchern fast durchweg ein recht gutes Ergebnis zeichnen und wiederum ganz beachtliche Dividenden zur Ausschüttung bringen, die uns beweisen, daß die deutschen Reedereien die Situation günstig ausgenutzt haben und auch durch den Erlass für die Schäden finanziell stark gestützt wurden. Zum Wiederaufbau der an die Entente abzuliefernden Handelsflotte ist den Reedereien, wie bekannt, ein Betrag von 12 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Ein erheblicher Teil der Entschädigung kam den deutschen Werften zugute, um den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte zu ermöglichen. Das Tempo für diesen Aufbau der Handelsflotte ist so beschleunigt, daß im Jahre 1923 die letzten Beträge herausgegeben würden. Hören diese Zuwendungen auf, so steht zu befürchten, daß die Werften von der mißlichen Lage der internationalen Schifffahrt sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden und daß dann die etwas anormale Entwicklung des deutschen Werftbetriebes, die weit über das Maß des Erforderlichen hinausgeht, erst zum Durchbruch kommt. Schon jetzt würde für die Werften die Situation recht ungünstig liegen, wenn nicht durch umfangreiche Reparaturbauten vom Ausland, die in Deutschland am billigsten ausgeführt werden können, die Lücke ausgefüllt wäre, die durch verminderte private Aufträge an Neubauten entsteht.

Mißerfolg der Prager Messe. Die Länder versuchen sich wirtschaftlich den Rang abzulaufen indem sie Messen arrangieren. Auch Prag hat jetzt eine Messe eingerichtet. Von der Leipziger Messe führten viele Einkäufer nach Prag, aber sie kauften nichts. Die tschechoslowakische Valuta ist nämlich — hauptsächlich infolge von Ankäufen an der Züricher Börse — in den letzten Tagen rapide gestiegen. Infolgedessen sind den Kaufleuten die tschechoslowakischen Waren zu teuer geworden. Wenn keine planmäßige Wirtschaft einsetzt, ist ein günstiger Stand der Valuta für ein Volk eben unter Umständen viel schlimmer als ein niedriger. Die Prager Messe verlief völlig erfolglos.

Get geerntet. Die Preise für Schuhe und Lederwaren machen sprunghafte Sätze nach oben. An den Häutemärkten hält die Preisbewegung ebenfalls an. Nach Berliner Notierungen kostete z. B. ein Pfund Ochsenhäute im August 1921 11,95 Mark, im Dezember 1921 18,50 Mark, im Januar 1922 18,50 Mark und im Februar 27,50 Mark. Diese Preissteigerung bedeutet, daß die ärmere Bevölkerung bald wieder auf den Gebrauch ihrer Naturschuhe oder der wunderbaren Kriegsstiefel verwiesen ist.

Aus aller Welt.

Ein geheimnisvolles Verbrechen hat sich in den ersten Kreisen der Florentiner Gesellschaft ereignet. Vor Monatsfrist wurde ein in Florenz lebender österreichischer Offizier namens Stalf von einer Anzahl Unbekannter auf der Straße überfallen, schwer mißhandelt und schließlich durch einen Dolchstoß in den Unterleib schwer verletzt. Man glaubte in dem Ueberfall einen Racheakt für eine abfällige Äußerung über Italien zu sehen. Nunmehr aber, da der Offizier nach einer schweren Operation und langer Krankheit wieder

das Spital verlassen hat, nimmt diese Angelegenheit eine merkwürdige Wendung an. Als Urheberin des Mordversuchs wurde nämlich die Gattin des Direktors von dem berühmten Bargello-Museum zu Florenz, die Norwegerin Petra Denicola, geborene Brand, verhaftet; ferner ihre Jose und vier junge Burschen. Es heißt, daß die Verhaftete Stalfs Geliebte war, sich von ihm, der bei ihr im Hause wohnte, habe befreien wollen und deshalb durch Vermittlung ihrer Jose nach Mordern gesucht habe. Es wurden ihren Schauererzählungen von Stalfs Italienhaft vorzählt. Dann begab sich die Dame mit ihrer erwachsenen Tochter und dem Geliebten in ein Restaurant und benachrichtigte die geborgenen Burschen, die alsdann ihren Plan ausführten. Unter den Täubern befand sich auch ein Turiner Polytechniker.

Belghensand. In Bidebe bei Dortmund wurde die Tochter eines Bergmannes, mit dem Kopf in einem Morak stehend, als Leiche aufgefunden. Gewisse Umstände lassen auf ein Verbrechen schließen. Der Bräutigam des Mädchens wurde in Haft genommen.

Durch Sturz in den Schacht machte auf der Zeche Holstein (Dortmund) ein Markenkontrolleur seinem Leben ein Ende. Der Beweggrund zur Tat ist unbekannt.

18. In Dresden ist die bekannte Frauenärztin Dr. med. Therese Haussig unter dem Verdacht des Verbrechens gegen das lebende Leben in Untersuchungshaft genommen worden. Die übrigen Beteiligten sind vorläufig auf freiem Fuße belassen. Die Kerstin beizte eine weit über Dresden reichende große Praxis. Auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft wurde der Frauenarzt Dr. Otto Kronheim aus Brandenburg a. O. verhaftet. Dieser Arzt, der schon in mehreren Prozessen wegen Verdachtes der Beihilfe unverzüglich geblieben war, wird sich jetzt vor dem Schwurgericht wegen Verbrechens gegen das lebende Leben in vielen Fällen zu verantworten haben.

Von einem Adler erschossen. In den Corbilleren von Vos Andes befanden sich zwei Gendarmen auf der Jagd. Der eine Gendarm schoß einen Adler nieder, der auf einem Telegraphenmast saß. Das Tier fiel zu Boden, war aber nur gestreift und setzte sich zur Wehr. Nachdem der Adler von dem Gendarmen mit einem Karabiner einen Schlag bekommen hatte, wurde das Tier wütend und stürzte sich auf den Gegner, blieb aber mit einer Krallen in dem Abzugshahn des Karabiners hängen. Die Waffe entlud sich und der Gendarm stürzte tot zu Boden. Der Adler verendete auf dem Transport.

Zusammenbruch einer dänischen Werft. Die Abgeebbwaerft in Abge schloß für 1921 mit einem Verlust von 11 Millionen Kronen. Das gesamte Aktienkapital ist verloren. Die Werft war erst vor einiger Zeit gegründet worden und man hatte in Dänemark große Erwartungen auf dieselbe gesetzt.

Veranstaltungs-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Verein:**
- 1. Bezirk: Donnerstag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, Schule Prillge Weißgasse 111: Bezirksversammlung. 1. Schilbervortrag: Der Sozialismus in der Karikatur. 2. Parteiangelegenheiten.
 - 9. Bezirk: Freitag, den 24. März, abends 7 Uhr, im Restaurant „Blankes Tommchen“, Heumarkt 10: Bezirksversammlung. 1. Lichtbildvortrag: Der Sozialismus in der Karikatur. 2. Bezirksangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gäste können eingeführt werden.
 - Bezirk Langfuhr: Donnerstag, den 28. März, abends 7 Uhr: Diskussionsabend beim Genossen Schmidt, Mithauer Weg 52.
- S.P.D., Frauenkommission.**
- Freitag, den 24., abends 8 Uhr im Parteibureau: Gemeinsame Sitzung der Frauenkommission mit den Funktionären des 2. Bezirks.
- Metallarbeiter-Vertrauensleute S. P. D.**
- Freitag, den 24. März, abends 7 Uhr, in der Peirischule, am Hansaplatz (Zimmer 15), wichtige Sitzung. Parteimitgliedsbuch ist mitzubringen.
- Jungsozialistengruppe.**
- Freitag, den 24. März, abends 7 Uhr im Heim der Arbeiter-Jugend, Danzig, Weidengasse 2, Reiterkaserne, 1 Treppe links, Zimmer 82: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Allgemeine Aussprache. 2. Neuwahl des Vorsitzenden. 3. Berichtedene. Anschließend Heimabend. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband.**
- Sonnabend, den 25. März, abends 8 Uhr, im Kleinen Saal der Maurerherberge, Branchenversammlung der Elektriker.
- Achtung! Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes der Danziger Werft.** Freitag, den 24., gleich nach Feierabend, Herkusplatz, Zimmer 70, wichtige Versammlung. Wahl von Obliuten, Verbandsangelegenheiten. Alle neu gewählten Vertrauensleute müssen zur Stelle sein. Ohne Verbandsbuch kein Zutritt.
- Achtung! Vertrauensleute der freien Gewerkschaften der Danziger Werft und der Artilleriewerft.** Sonnabend, den 25. März, gleich nach Feierabend, Herkusplatz 1/2, Zimmer 70, wichtige Vertrauensmännerversammlung. Tagesordnung: Schiedspruch.
- Freie Turnerschaft Langfuhr.**
- Sonnabend, den 25. März 1922, abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Kleinhammerpark.

Gosda Schnupftabak
garantiert rein gekadelt
verall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häbergasse 8.

